

# FORUM

Zeitschrift  
für Politik, Arbeit & Kultur  
der SP Uster

www.

Nr. 226 November 2005

In 14 Wochen sind in Uster Wahlen

## Unser Team fürs Stadthaus



Martin  
Bornhauser



Esther  
Rickenbacher



Barbara  
Thalmann

P.P. Uster

**Tempo 30-Initiative: Jetzt unterschreiben!**

Auf den Seiten 9/10.

|   |             |
|---|-------------|
| <b>Für eine selbstbewusste und vorwärtsstrebende Stadt</b>                                  | <b>3</b>    |
| Martin Bornhauser, Stadtpräsidentenskandidat: Meine Ziele für Uster                         |             |
| <b>Für eine Stadt zum Wohnen und Arbeiten</b>   | <b>4</b>    |
| Esther Rickenbacher, Stadträtin: Meine Ziele für Uster                                      |             |
| <b>Für eine urbane Stadt mit hoher Lebensqualität</b>                                       | <b>5</b>    |
| Barbara Thalmann, Stadtratskandidatin: Meine Ziele für Uster                                |             |
| <b>Eine neue Generation drängt nach</b>   | <b>6</b>    |
| Gemeinderatswahlen: Die Liste der SP Uster<br>Von Stefan Feldmann                           |             |
| <b>Ständiger Kampf gegen die «Politik der leeren Kassen»</b>                                | <b>7</b>    |
| Die SP-Fraktion im Gemeinderat: Rückblick Legislatur 2002-2006<br>Von Reto Dettli           |             |
| <b>Stadthofsaal: Wenn schon, denn schon...</b>  | <b>8</b>    |
| Kommunale Abstimmung vom 27. November: Ja zum Kauf des Stadthofsaals<br>Von Stefan Feldmann |             |
| <b>Für die Einführung von Tempo 30 in den Wohnquartieren</b>                                | <b>9/10</b> |
| Volksinitiative: Jetzt unterschreiben!  |             |
| <b>Eine Starthilfe für junge Menschen</b>   | <b>11</b>   |
| Kantonale Abstimmung vom 27. November: Ja zu Integrationskursen<br>Von Doris Fleiner        |             |
| <b>Abstimmungsparenen der SP Uster für den 27. November</b>                                 | <b>11</b>   |
| <b>Veranstaltungskalender</b>   | <b>12</b>   |



**A**m 12. Februar 2006 ist es wieder soweit: Wir wählen unsere Stadtbehörden neu. Und diesmal ist es eine spezielle Wahl, denn neben Gemeinderat und Stadtrat haben wir Ustermerinnen und Ustermer ein neues Stadoberhaupt zu wählen.

Die SP Uster ist davon überzeugt, dass sie den Stimmberechtigten von Uster mit Stadtrat Martin Bornhauser einen ausgezeichneten Kandidaten zur Wahl vorschlagen kann.

**M**artin Bornhauser engagiert sich seit mehr als 20 Jahren für die Stadt Uster, zuerst als Gemeinderat, als Gemeinderatspräsident, als Kantonsrat und dort als Vizepräsident der wichtigen Geschäftsprüfungskommission. Wie sehr seine politische Arbeit, seine politische und soziale Kompetenz über die Parteigrenzen hinweg geschätzt wird, zeigte seine hervorragende Wahl zum Kantonsratspräsidenten im Mai 2001. Seit 2002 ist Martin Bornhauser Stadtrat und hat als Präsident der Sozialbehörde anerkanntermassen hervorragende Arbeit geleistet. Seine in den 20 Jahren geknüpften Kontakte, die Erfahrung im Umgang mit kantonalen Stellen sind für die Stadt Uster hochwillkommen. Die drittgrösste Stadt des Kantons muss ihr Gewicht künftig auch gegenüber dem Kanton einbringen, beeinflusst er doch mit seinen Entscheidungen massgeblich die Gestaltungsmöglichkeiten einer Gemeinde. Es dürfte kaum bestritten werden: Von den drei bekannten Kandidaten verfügt einzig Martin Bornhauser über die Vernetzung, über die Kontakte, die von einem Ustermer Stadtpräsidenten erwartet werden kann und muss.

**B**liebe noch der Gestaltungswille: Für welche Anliegen sich Martin Bornhauser als Stadtpräsident einsetzen will und welchen Leitsätzen er in seiner Politik folgen will, erklärt er auf den gegenüberliegenden Seite in diesem FORUM.

**D**ie SP Uster versucht aber in den kommenden Wahlen nicht nur das Stadtpräsidium zu erobern, sie will auch den Einfluss der fortschrittlichen Kräfte auf die Politik der Stadt Uster generell stärken. Deshalb will sie zwei weitere Stadtratssitze besetzen. Auch hier verfügt die SP Uster über zwei hervorragende Kandidatinnen: Mit Esther Rickenbacher schickt sie eine erfahrene und bewährte Stadträtin ins Rennen, mit Barbara Thalmann eine weit herum für ihr politisches Engagement bekannte Gemeinderätin. Auch sie erklären Ihnen auf den Seiten 4 und 5 für welche Anliegen sie sich in den kommenden Jahren stark machen wollen.

**N**eben den Stadtratswahlen stehen am 12. Februar natürlich die Gemeinderatswahlen im Mittelpunkt. In diesem FORUM können sie einerseits eine Bilanz der letzten vier Jahre von SP-Fraktionspräsident Reto Dettli nachlesen (Seite 7), andererseits erfahren Sie, wer sich in den nächsten vier Jahren im Gemeinderat für eine urbane Stadt mit hoher Lebensqualität engagieren will (Seite 6).

**P.S.:** Auf den Seiten 9/10 finden sie erneut den Unterschriftenbogen für die «Volksinitiative für die flächendeckende Einführung von Tempo 30 in den Ustermer Wohnquartieren». Unterschreiben Sie die Initiative gemeinsam mit NachbarInnen und FreundInnen noch heute, und senden Sie den Bogen an die SP Uster zurück. Herzlichen Dank!

## IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster

[www.forumonline.ch](http://www.forumonline.ch)

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei  
 Anschrift: FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1  
 Auflage: 16 000  
 Abonnement: für 1 Jahr mindestens Fr. 30.– auf  
 PC 80 – 13431 – 8  
 Redaktion: Margrit Enderlin, Stefan Feldmann,  
 Fredi Gut, Rolf Murbach  
 Layout: Ewald Feldmann  
 Vertrieb: Martin Zwysig  
 Druck: Ropress Zürich

Martin Bornhauser, Stadtpräsidiumskandidat: Meine Ziele für Uster

# Für eine selbstbewusste und vorwärtsstrebende Stadt

Nach elf Jahren erfolgreicher politischer Arbeit im Kantonsrat (GPK, Ratspräsidium) kehrte ich 2002 in die Kommunalpolitik zurück. Die vergangenen vier Jahre als Stadtrat waren erfolgreich und die schönste Funktion, die ich in meiner langen politischen Karriere ausübte. Dieses Engagement für eine selbstbewusste und vorwärtsstrebende Stadt voller schöpferischer Dynamik möchte ich weiterführen. Deshalb kandidiere ich am 12. Februar 2006 für das Stadtpräsidium.

Von Martin Bornhauser

Über all meinem politischen Handeln stehen drei Leitbegriffe: «Kultur», «Selbstbewusstsein», «Vorwärtsstreben».

**Kultur** – als Synonym für Zivilisation – heisst Entwicklung von Regeln und Formen des menschlichen Zusammenlebens, nach ethischen Grundsätzen. Ich stelle hohe kulturelle Ansprüche an die Kultur der politischen Auseinandersetzung, die Kultur in der Verwaltung, die Gesprächskultur, an die Kultur des Zuhörens. Zur Kultur in einem engeren Sinn gehört aber natürlich auch die bildende Kunst, die angewandte Kunst, die darstellende Kunst. Ihr kommt in einer Stadt grosse Bedeutung zu, denn die Kunst regt uns an, über uns und andere nachzudenken. Richard von Weizsäcker sagte einmal: «Kultur, verstanden als Lebensweise, ist die glaubwürdigste Politik.» Daran halte ich mich.

Ein zweiter Leitbegriff heisst **Selbstbewusstsein**. Ich beziehe dies nicht auf meine Person, sondern auf unsere Stadt. Wir sind die drittgrösste Stadt des Wirtschaftskantons Zürich, die 19-grösste Stadt der Schweiz, wir sind in etwa so gross wie Freiburg, Chur, Schaffhausen oder Neuenburg. Da ist durchaus mehr Selbstbewusstsein angesagt. Wir haben allen Grund auf unsere Stadt und ihre Leistungen stolz zu sein. Ihr wurde 2001 der Wakkerpreis verliehen, die Ausstellungen in der Villa am Aabach lösen schweizweit Echos aus. Der Greifenseelauf positioniert Uster europaweit. Es ist nur folgerichtig, dass wir in der Region die führende Rolle übernehmen. Auch in der kantonalen Politik muss Uster Einfluss nehmen, wie Winterthur und Zürich. Als langjähriger Kantonsrat, Vizepräsident der GPK und Kantonsratspräsident verfüge



«Ein Boot ist nur lenkbar, wenn es sich schneller bewegt, als das Wasser, auf dem es schwimmt.»

ich über die allerbesten Beziehungen in die kantonale Politik. Diese will ich für Uster nutzen.

Ein dritter Leitbegriff heisst **Vorwärtsstreben**. Meine Politik ist nach vorne ausgerichtet. Regieren heisst Stärken erfassen, Entwicklungen frühzeitig erkennen und darauf reagieren. Vorwärts, so soll Uster regiert werden. Ein Boot ist nur lenkbar, wenn es sich schneller bewegt, als das Wasser, auf dem es schwimmt. Also «volle Kraft voraus»:

- Ein vielfältiges Kulturangebot und eine gut ausgestattete Bibliothek bereichern den Alltag und regen zur Auseinandersetzung mit sich, den Mitmenschen und der Welt an. Das Vereinsleben blüht, Sport- und Freizeitaktivitäten werden reichlich genutzt.
- Die alte Lebensader von Uster – der Aabach – soll neu entdeckt werden, sein Ufer muss von der Mündung bis nach Oberuster begeh- und erlebbar gemacht werden. Der Stadtpark soll zum Erholungsort werden.
- Uster soll sein städtebauliches Potential ausschöpfen. Auf dem Zeughausareal und auf dem Zellweger-Campus sollen neue Stadtteile mit einer bunten Mischung aus Arbeiten, Wohnen und kulturellem Schaffen entstehen.
- Uster soll einen Kern erhalten, wo alle Einkaufswünsche erfüllt werden, der mit dem öf-

fentlichen Verkehr leicht erreichbar ist. Strassenkaffees sollen zum Verweilen einladen. Gewerbe und Dienstleistungen funktionieren. – Alt und Jung sollen sich in Uster wohl fühlen. Die Integration der Ausländer in unsere Gemeinschaft ist selbstverständlich. Die Menschen begegnen sich, erweisen sich mehr Menschlichkeit und nehmen Signale des Unglücks und der Verzweiflung im Mitmenschen feinfühlig wahr. Die Nachbarschaftshilfe funktioniert. Kurz: Die Gemeinschaft wird gepflegt.

- In den Wohnquartieren sollen sich Quartier- und Ortsvereine für ein hohes Mass an Lebensqualität einsetzen. Sie sollen Stimmungen, Missstimmungen, Wünsche und Anliegen der Quartierbevölkerung wahrnehmen und an die Stadt Uster weiter leiten.
- Aufgrund der hohen Wohnqualität, der vielfältigen Naherholungszonen und der bestens ausgebauten Kommunikation zieht unsere Stadt Unternehmen an, die bei uns Arbeitsplätze schaffen.

Meine Ziele sind klar. Ich sehe «mein Uster» deutlich vor Augen und will alle meine Kraft und politische Erfahrung als Kantonsrat und Stadtrat darauf verwenden, diese Ziele auch zu erreichen.

**Mehr Infos: [www.martin-bornhauser.ch](http://www.martin-bornhauser.ch)**

Esther Rickenbacher, Stadträtin: Meine Ziele für Uster

# Für eine Stadt zum Wohnen und Arbeiten

Am 3. März 2002 konnte ich mich über ein grossartiges Wahlresultat freuen: Die Ustermerinnen und Ustermer hatten mich gemeinsam mit Martin Bornhauser in den Stadtrat gewählt. Seit der ersten Stadtrats-sitzung sind nun fast vier Jahre vergangen, vier Jahre voller interessanter Aufgaben und Begegnungen. Als Abteilungsvorsteherin Gesundheit und Sport habe ich viele Projekte auf den Weg gebracht – und diese Arbeit möchte ich gerne weiterführen. Deshalb bewerbe ich mich um eine zweite Amtszeit.

---

Von Esther Rickenbacher

---

Die vergangenen vier Jahre als Stadträtin waren sehr lohnend, interessant und lehrreich. Viele Projekte konnten angedacht, angepackt und umgesetzt werden. Insbesondere in einem der Kerngeschäfte meiner Abteilung, der Spitex-Dienste und der Heime, nahmen wir wichtige Änderungen vor: Nach eingehender Prüfung bezüglich Risiken und Chancen stellte ich die städtischen Heime anfangs 2005 unter eine Gesamtleitung. Die Nutzung von Synergien beim Personal- und Sachaufwand sowie bei den Erträgen durch Konzentration von Dienstleistungen und Ertragsoptimierungen kann heute positiv bewertet werden. Besondere Bedeutung wird dabei der Qualitätssicherung im Pflegealltag zugemessen. Im Sinne einer Professionalisierung werden zudem die Leistungen der Spitex (Pflege, Hauswirtschaft, Haushilfe) neu durch interdisziplinäre Teams erbracht.

## Sport-Infrastruktur verbessert

Die Forderung nach zeitgemässen Sport- und Freizeitanlagen mit dringenden Werterhaltungsbedarf konnten in der vergangenen Amtszeit aufgrund der Sparmassnahmen nicht vollumfänglich entsprochen werden. Erfreulich war die Ernennung zur Modellgemeinde für das Bewegungs- und Sportnetz durch Bund und Kanton. Mit deren finanziellen Unterstützung konnte letztes Jahr eine Broschüre mit Angeboten in Sport, Bewegung und Gesundheit verschickt werden. Im Jahre 2004 durfte ich zudem den Trendsportplatz für aktuelle Ball- und Rollsportarten einweihen.

Ein neuer attraktiver Kinderspielplatz konnte letzten Herbst realisiert werden. Demnächst wird der Kleinkinderbereich im Seebad mit einer attraktiven Badelandschaft aufgewertet.



---

*«In Uster muss auch in Zukunft ein vielfältiges Angebot an betreuten Wohnformen gewährleistet werden.»*

---

Nach mehrmaligen erfolglosen Anläufen hat der Stadtrat einen namhaften Betrag für die Erstellung eines überschaubaren Wachstums fortgeführt. Bei Genehmigung durch die Behörden kann dieser Platz nächstes Jahr gebaut werden.

## Tempo 30 – mehr Sicherheit für Kinder

In den kommenden vier Jahren will ich mich weiterhin für eine attraktive Stadt zum Wohnen und Arbeiten einsetzen. Ich setze mich dafür ein, dass die Qualität der Stadtentwicklung im Sinne eines überschaubaren Wachstums fortgeführt wird. Oberste Maxime kommt dabei der Lebensqualität zu. Wohngebiete sollen mit Tempo 30 verkehrsberuhigt werden, um so ein ruhiges Wohnen sowie Begegnungsräume für die Quartierbewohnenden zu gewährleisten und den Kindern auf dem Schulweg und beim Spielen grösstmögliche Sicherheit zu garantieren.

Auch wünsche ich mir endlich ein Zentrum das diesen Namen verdient: Fussgängerfreundliche Zonen, attraktive Einkaufsgeschäfte und Cafés werden zu einem Ort der Begegnung und laden zum Verweilen ein. Mitten im Zentrum findet man Ruhe, Erholung und Spielmöglichkeiten für Kinder im Stadtpark der demnächst eine attraktive Neugestaltung erfährt. Das Naherho-

lungsgebiet am Greifensee ist weiter in Sinne der Schutzverordnung zu pflegen und zu schützen und bleibt gleichzeitig ein wichtiger Lebensnerv und -raum für Erholungssuchende und Sporttreibende. Als Stadträtin für Gesundheit und Sport plädiere ich für ein breites Angebot für Freizeit und Sport in Sinne von lebendigen Bewegungs- und Begegnungsorten.

## Erweiterung «Im Grund» steht an

Auch in den kommenden vier Jahren will ich mich natürlich in meiner Abteilung vor allem für die ältere Bevölkerung einsetzen: Ein vielfältiges Angebot an betreuten Wohnformen soll auch in Zukunft gewährleistet und bei Bedarf ergänzt werden. Erklärtes Ziel ist es, älteren und pflegebedürftigen Menschen mit professionellen Einsätzen des Spitexdienstes ein möglichst langes Verbleiben in der gewohnten Umgebung zu ermöglichen. Ist ein Wohnortwechsel in ein Pflegezentrum unumgänglich, findet man in den städtischen Heimen einen qualitativ optimalen Betreuungsplatz. Die Sanierung und moderate Erweiterung des Krankenhauses «Im Grund» habe ich bereits an die Hand genommen und setze mich nachdrücklich für eine Fertigstellung des Neubaus im Jahr 2008 ein.

**Mehr Infos:** [www.esther-rickenbacher.ch](http://www.esther-rickenbacher.ch)

Barbara Thalmann, Stadtratskandidatin: Meine Ziele für Uster

# Für eine urbane Stadt mit hoher Lebensqualität

Als Ustermerin, Mutter, Architektin, Nachbarin, und insbesondere in den letzten acht Jahren als Gemeinderätin habe ich mich mit verschiedenen politischen Themen auseinandergesetzt. Nach acht Jahren im Gemeindeparlament will ich mich künftig in der Exekutive für eine urbane Stadt mit hoher Lebensqualität einsetzen.

Von Barbara Thalmann

Als Architektin bin ich stolz darauf, dass Uster den Wakkerpreis erhalten hat. Am Willkommenstag, der die Stadt Uster alljährlich organisiert, habe ich die Neuzuzüger und Neuzuzügerinnen schon mehrere Male auf ihren Stadtrundfahrten begleitet und dabei gerne über die Entwicklung unserer Stadt erzählt. Stadtgespräche und Diskussionen in Arbeitsgruppen sind für mich immer wieder interessante stadtplanerische Auseinandersetzungen. Zudem prägte mich die Arbeit während fünf Jahren in der gemeinderätlichen Raumplanungskommission.

- Am Aabach sind im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz neu erlebbare Erholungs- und Begegnungszonen geplant, die die «grüne Lunge» der Stadt aufwerten. Diese Pläne gilt es umzusetzen.
- Die in Umwandlung begriffenen Stadtquartiere auf dem Zellweger- und dem Zeughausareal sollen zukunftsweisend und lebensnah gestaltet werden. Miteinbezogen werden sollen innovative Wohnbaugenossenschaften und engagierte InvestorInnen.
- Bei Sanierungen/Neubauten ist zu wünschen, dass die öffentliche Hand architektonisch und energetisch hoch stehende Qualität anstrebt.
- Das familienfreundliche Dorfbad darf nicht einfach wegsparnt werden, sondern es soll, wenn nötig, nach neuen betrieblichen Lösungen gesucht werden.

## Ein vielfältiges kulturelles Leben

Als Präsidentin der Kommission Bildung und Kultur nehme ich aktiv am Kulturleben der Stadt Uster teil. Ich schätze Vernissagen, Konzerte, spezielle Studiokino-Anlässe und vieles mehr. In einer SP-internen Arbeitsgruppe haben wir uns intensiv mit der Stadt- und Regionalbibliothek auseinandergesetzt. Ich bin überzeugt, dass Uster ein eigenständiges und vielfältiges Kulturleben besitzt, welches aber der Unterstützung der öffentlichen Hand bedarf, sei dies finanzieller, sei dies logistischer oder ideeller Natur.



«Uster besitzt ein vielfältiges Kulturleben, welches der Unterstützung durch die öffentliche Hand bedarf.»

- Die Stadt- und Regionalbibliothek soll sich mit ihren Stärken und ihrem wichtigen Stellenwert im Stadtleben auf moderne und attraktive Art positionieren. Welch besseren Empfang am Bahnhofplatz kann sich die Stadt wünschen als eine einladende Bibliothek!
- Die in der Museumslandschaft etablierte Galerie «Villa am Aabach» soll in Uster breit abgestützt sein dank erstklassigen Ausstellungen und interessanten Veranstaltungen.
- Die Kleinkunstbühne Qbus hat ein Treffpunkt für Kulturinteressierte verschiedenster Sparten zu bleiben und soll ihren Low-Budget-Charme beibehalten können. Alternative Standorte, zum Beispiel auf dem Zeughausareal, sind bei Bedarf zu erwägen.
- Der Stadthofsaal für Theater und Konzerte im Zentrum soll in Verbindung mit dem benachbarten Stadtpark eine neue Bedeutung bekommen.

## Verkehr, der allen dient

Als Mutter von vier Kindern sind Kinder und Verkehr für mich ein zentrales Anliegen. Ich bin Mitinitiantin der Tempo-30-Initiative, für welche die SP und EVP Unterschriften sammeln.

- Unsere Kinder sollen sich auf einem durchgängigen Velonetz selbständig in der Stadt bewe-

gen können und in den beruhigten Wohnquartieren soll ein langsames Tempo zur Sicherheit und Wohnqualität beitragen.

- Hauptverkehrsachsen wie die Brunnen- oder Zentralstrasse mit ihrem hohen Verkehrsaufkommen sollen für schwächere Verkehrsteilnehmende sicherer gemacht werden.

## Eine ganzheitlich gestaltete Schule

Als Präsidentin der Kommission Bildung und Kultur und als Mutter von schulpflichtigen Kindern komme ich am Thema Schule natürlich nicht vorbei. Die aktuellen Entwicklungen in diesem Bereich sind spannend, auch wenn nicht immer ganz einfach. Trotzdem glaube ich an eine Schule, die sich den gesellschaftlichen Veränderungen stellen muss. Ich plädiere für eine gute und starke Volksschule.

- Die Primarschule soll einfache und bedarfsgerechte Tagesstrukturen anbieten
- Wichtig sind in der Schule Fächer wie Werken, Musik, Turnen, Schwimmen oder Zeichnen
- Mit Hilfe von Schulsozialarbeit sollen Probleme angepackt und gelöst werden
- In der Grundstufe sollen die Kinder in den ersten Schuljahren dort abgeholt werden, wo sie in ihrer Entwicklung stehen.

**Mehr Infos: [www.barbara-thalmann.ch](http://www.barbara-thalmann.ch)**

Gemeinderatswahlen: Die Liste der SP Uster

# Eine neue Generation drängt nach

Für eine Partei mit etwa 150 eingeschriebenen Mitgliedern ist es nicht immer einfach, die Gemeinderatsliste mit 36 Plätzen zu füllen, zumal viele Mitglieder sich bereits politisch und gesellschaftlich andernorts stark engagieren. Dieses Jahr hatte die Geschäftsleitung der SP Uster aber keine Rekrutierungs-Probleme: Noch selten drängen so viele Mitglieder auf die aussichtsreichen Plätze auf der Gemeinderatsliste. Und besonders erfreulich: Noch nie waren so viele Junge darunter.

Von Stefan Feldmann

Die Gemeinderatswahlen bescherte der SP Uster ein hervorragendes Resultat: Mit 33,9 Prozent der Stimmen wurde sie mit deutlichem Abstand stimmenstärkste Partei. Im Gemeinderat eroberte sie 12 Sitze. Für die Gemeinderatswahlen vom 12. Februar 2006 hat sich die SP Uster vorgenommen, diese Sitze zu verteidigen. Ein durchaus anspruchsvolles Ziel, erhält doch die SP Uster bei den kommenden Wahlen zum ersten Mal Konkurrenz durch die Grünen und die Grünliberalen. Doch Konkurrenz belebt bekanntlich das Geschäft.

Dieses Motto galt auch bei der parteiinternen Nomination, drängten sich doch so viele Parteimitglieder wie noch selten auf die aussichtsrei-



Die Mitglieder der SP-Gemeinderatsfraktion 2002 beim Start der nun zu Ende gehenden Legislatur. Sie hoffen am 12. Februar auf zusätzliche Verstärkung.

chen Plätze hinter den Bisherigen. Die Monatsversammlung hatte die Qual der Wahl...

## Neun von zwölf Bisherigen kandidieren wieder

Doch schön der Reihe nach: Von den zwölf aktuellen SP-Gemeinderatsmitglieder treten neun Personen wieder zur Wahl an. Einzig Ruth

Aschwanden, Rosmarie Gartmann und Peter Mathis haben sich – zumeist aus zeitlichen Gründen oder weil sie sich auf andere Behördenämter konzentrieren wollen – gegen eine neue Kandidatur entschieden.

Die SP-Liste – die die Nummer 1 tragen wird – wird von Barbara Thalmann angeführt, welche für die SP einen dritten Stadtratssitz erobern soll. Es folgen Fraktionspräsident Reto Dettli sowie Kantonsrat Stefan Feldmann, traditionsgemäß gefolgt von den übrigen Bisherigen, in der Reihenfolge des Wahlergebnisses von vor vier Jahren.

## Viele Junge

Für die folgenden Plätze bewarben sich dann eine ganze Reihe von engagierten Parteimitgliedern, darunter erfreulich viele Junge. Wie es scheint, drängt eine neue Generation nach. Auf den ersten Platz hinter den Bisherigen schaffte es mit Jonas Schmid der jüngste Kandidat der Liste: Der Sekretär der JUSO Zürich Oberland ist 20 Jahre alt. Es folgen die Berufsschullehrerin Julia Amherd und der Kulturingenieur Balthasar Thalmann, als Präsident der Stadtmusik Uster in unserer Stadt sicherlich kein Unbekannter. Auf Platz 13 folgt Unia-Gewerkschaftssekretärin Judith Pérez, gefolgt von Claudia Geisenberger, Michael Günther, Martin Zwysig und Marius Weder. Total kandidieren auf der SP-Liste 19 Männer und 17 Frauen.

## Die Gemeinderatsliste 2006 der SP Uster

1. Barbara Thalmann, Kirchuster, bisher
2. Reto Dettli, Oberuster, bisher
3. Stefan Feldmann, Oberuster, bisher
4. Patricia Bernet, Niederuster, bisher
5. Rolf Graf, Niederuster, bisher
6. Christian Wüthrich, Oberuster, bisher
7. Lennie Grob-Overdulve, Wermatswil, bisher
8. Regula Trüeb, Nänikon, bisher
9. Marc Meyer, Kirchuster, bisher
10. Jonas Schmid, Oberuster
11. Julia Amherd, Kirchuster
12. Balthasar Thalmann, Kirchuster
13. Judith Pérez, Oberuster
14. Geisenberger Claudia, Kirchuster
15. Michael Günther, Kirchuster
16. Martin Zwysig, Oberuster
17. Marius Weder, Kirchuster
18. Stephan Häsler, Oberuster
19. Walter Strucken, Wermatswil
20. Peter Grob, Wermatswil
21. Gusti Storchenegger, Oberuster
22. Regula Kohler, Nossikon
23. Maja Burger-Tschanz, Kirchuster
24. Hans Conrad Daeniker, Nossikon
25. Anna-Pitschna Parli, Oberuster
26. Annemarie Vogt, Oberuster
27. Kurt Hemmann, Wermatswil
28. Benni Beckmann, Kirchuster
29. Matthias Stammbach, Kirchuster
30. Kathrin Agosti, Oberuster
31. Elisabeth Schlegel, Gschwader
32. Christina Zbinden, Kirchuster
33. Silvana Sperduto, Oberuster
34. Fredi Gut, Oberuster
35. Marianne Zahnd, Kirchuster
36. Peter Macher, Riedikon

Die SP-Fraktion im Gemeinderat: Rückblick Legislatur 2002/2006

# Ständiger Kampf gegen die «Politik der leeren Kassen»

**Alle vier Jahre wählt die Bevölkerung seine Behörden. Die Parteien nehmen dies auch immer zu Anlass, ihr Programm für die nächsten vier Jahre vorzustellen und Versprechungen abzugeben. Doch bevor man die Arbeit einer neuen Legislaturperiode planen und sich Ziele setzen kann, muss man natürlich eine Bilanz der letzten vier Jahre ziehen. Reto Dettli, der SP-Fraktionspräsident tut dies im Folgenden.**

Von Reto Dettli, Fraktionspräsident SP Uster

Der Start in die Legislatur 2002/2006 war aufgrund des Wahlerfolges der SP überaus erfreulich. Wir erreichten einen zweiten Stadtratssitz und konnten unsere Vertretung im Gemeinderat von 10 auf 12 Sitze ausbauen. Dadurch sind wir alleine in der Lage ein Behördenreferendum zu ergreifen, was die Position der SP im Rat deutlich stärkte. Das ändert aber Nichts daran, dass wir im Gemeinderat weiterhin deutlich in der Minderheit sind. Auch mit Unterstützung der EVP, welche oft mit uns gestimmt hat, erreichen wir lediglich 16 von 36 Stimmen. Während der ganzen Legislatur hatten wir nur einen Rücktritt zu verzeichnen. Im Weiteren gab Stefan Feldmann nach seiner Wahl in den Kantonsrat das Fraktionspräsidium nach 5 Jahren an Reto Dettli ab.

## Zwei prägende Themen

Die aktuelle Legislatur wurde durch zwei Punkte wesentlich geprägt: Die neue Gemeindeordnung mit der Umstellung auf NPM sowie die sich abzeichnende Finanzknappheit der öffentlichen Hand. Die Veränderungen durch die Einführung von NPM sind positiv, auf die neuen Steuerungsinstrumente und die Spezialkommissionen möchte fast niemand mehr verzichten.

Die sich abzeichnende Finanzknappheit hatte für die Ustermer Politik verheerende Auswirkungen. Sie ist nicht nur ein Produkt der schlep-penden Wirtschaftsentwicklung sondern Folge einer konsequenten «Politik der leeren Kassen», vorangetrieben durch die bürgerlichen Parteien. Die Abschaffung der Handänderungssteuer, die Aufgabenüberwälzung des Kantons auf die Ge-

meinden sowie die kantonalen Sparprogramme müssen bewältigt werden!

## Unsinnige Gebührenerhöhung

Die SP unterstützte die Anstrengungen des Stadtrates, Arbeitsabläufe zu optimieren, Aufgaben zu überprüfen und bestehende Sparpotentiale zu nutzen – und wehrte sich gleichzeitig gegen finanzpolitische Kahlschläge, gegen einseitiges Sparen auf Kosten der Alten und Jungen, gegen das Verschern des Landbesitzes und gegen unsinnige Sparmassnahmen. Wie beispielsweise die Gebührenerhöhung bei der Bibliothek. Diese «Sparmassnahme» wurde mittlerweile durch eine Abnahme der KundInnen um 20 Prozent wieder kompensiert...



*Reto Dettli: «Dank unserem Einsatz bleibt Uster eine attraktive Wohnstadt und verkommt nicht zur totgesparten Schlafstadt.»*

Die vom Stadtrat in Auftrag gegebene Leistungsüberprüfung hat grosses Aufsehen erregt und viele kleinere Sparmöglichkeiten aufgezeigt. Man denke nur an die emotionalen Diskussionen um eine zukünftige mögliche Schliessung der Dorfbadi. Die Leistungsüberprüfung hat aber vor allem gezeigt, dass der finanzpolitische Handlungsspielraum einer Gemeinde auf Grund der zahlreichen gesetzlichen Pflichtleistungen viel, viel kleiner ist als angenommen. Und deshalb sind Sparmassnahmen besonders schmerz-

lich, weil sie genau jene Bereiche besonders treffen, welche für die hohe Lebensqualität in unserer Stadt verantwortlich sind.

## Tempo 30 auf die lange Bank geschoben

In den finanzpolitischen Debatten erreichten wir einen wichtigen Erfolg bei den Gemeindegewählten. Dank einem von der SP angedrohten Behördenreferendum kam im Rat ein für viele akzeptabler Kompromiss zustande. Weniger Erfolg hatten wir bei unseren Anträgen gegen die Kürzungen bei Kultur und Bildung. Und auch unsere Vorschläge, die absehbare finanzielle Schiefelage nicht nur durch Sparmassnahmen sondern auch durch Massnahmen auf der Einnahmenseite zu korrigieren, stiessen auf wenig Gegenliebe.

Unter diesen finanziellen Prämissen ist verständlich, dass wir nicht mit allen unseren Vorstellungen zur Weiterentwicklung von Uster, auf dem Weg vom grossen Dorf zur Stadt, reüssierten. Vorstösse für eine Minderung des Lehrstellenmangels oder die Einführung von Schulsozialarbeit wurden abgelehnt. Auch die Einführung von Tempo 30 in Wohnquartieren wurde, trotz den von der SP mitinitiierten Gesprächen am Runden Tisch, aus finanziellen Gründen auf die lange Bank geschoben. Diesen Entscheid des Stadtrates versuchen wir mit der aktuellen Volksinitiative zu korrigieren, welche diesen Winter noch eingereicht wird.

Mit der von der SP befürworteten Einführung der geleiteten Schulen und der Integration der Primarschule in die Stadtverwaltung und den Stadtrat wurden wichtige Fundamente für die Entwicklung unserer Schule und der Entlastung der Mitglieder der Primarschulpflege gelegt.

## Durchzogenes Fazit

Das Fazit zur Legislatur ist durchzogen. Wenn es hart auf hart kommt, scheitern wir leider zu oft an den Mehrheitsverhältnissen im Rat. Und trotzdem können wir zufrieden sein. Dank unserem Einsatz bleibt Uster eine attraktive Wohnstadt und verkommt nicht zur totgesparten Schlafstadt.

**Kommunale Abstimmung:  
Ja zum Kauf des StadthofsaaIs**

# StadthofsaaI: Wenn schon, dann schon...

**Dass der StadthofsaaI gleich beim Ustermer Stadtpark den modernen Anforderungen, die an einen solchen Saal heute gestellt werden, nicht mehr genügen, ist klar. Klar ist aber auch, dass Uster einen Saal in dieser Grösse braucht. Und wenn die Stadt aufgrund eines mehrjährigen Mietvertrages sowieso dazu verpflichtet ist, in den Saal zu investieren, dann soll sie ihn doch als Besitzerin auch gleich übernehmen und so flexibler reagieren können. Genau darum geht es in der Volksabstimmung vom 27. November.**

Von Stefan Feldmann, Gemeinderat SP

Mit über 600 Sitzplätzen ist der Ustermer StadthofsaaI das grösste Versammlungslokal der Stadt. Hier finden Podiumsdiskussionen und bunte Abende statt, Tanz- und Theaterveranstaltungen statt. Der Saal mag in Sachen Ambiente und Infrastruktur nicht mehr den heutigen Anforderungen genügen, dennoch ist er ausserordentlich gut ausgelastet. Und das zeigt: Uster braucht einen zentral gelegenen Saal in dieser Grösse.

## Kaufen und selber bestimmen

Aus diesem Grund hat die Stadt Uster mit der heutigen Besitzerin des Saals, der Pensionskasse der SIG einen mehrjährigen Mietvertrag abgeschlossen: Bis 2016 wird der Saal durch die Stadt betrieben und vermietet, die Besitzerin ist nur noch für die Gebäudehülle verantwortlich. In den nächsten Jahren stehen Investitionen von mehreren Millionen Franken an, die zum grössten Teil von der Stadt Uster getragen werden müssten, da sie die Infrastruktur im Gebäudeinnern betreffen. Eine für die Stadt Uster unbefriedigende Situation: Zwar muss sie den grössten Teil der Investitionen selber berappen, da sie aber nicht Besitzerin des Saals ist, hat sie keine Garantie dafür, dass sie den Saal auch nach 2016 zu günstigen Konditionen nutzen kann. Aus diesem Grund hat der Stadtrat mit der SIG-Pensionskasse Verhandlungen über einen Kauf des StadthofsaaIs geführt und ist mit ihr zu einem Vertragsabschluss gekommen.



*Mit dem Kauf des StadthofsaaIs kann sich die Stadt Uster ein strategisch wichtiges Grundstück an zentraler Lage sichern.*

Gemäss dem Kauf- und Dienstleistungsvertrag geht der StadthofsaaI plus die unmittelbar davor an der Zürichstrasse befindlichen Ladenlokale in den Besitz der Stadt Uster über, die Ladenlokale, die sich daran anschliessend bis zum Brunnen-Kreisel erstrecken, verbleiben in der Hand der jetzigen Besitzerin. Der Kauf kostet die Stadt 3 Millionen Franken. Der Betrag übersteigt die Finanzkompetenz des Gemeinderates, weshalb der Kauf den Stimmberechtigten an der Urne vorgelegt wird.

Durch den Kauf ist die Stadt Uster als Besitzerin künftig also auch für die Investitionen in den Werterhalt der Gebäudehülle zuständig. Diese sind aber verglichen mit den Investitionen in die Saalinfrastruktur – die die Stadt ja sowieso zahlen muss – eher gering. Zudem nimmt die Stadt als Besitzerin von den Mieterinnen und Mietern der Büro- und Ladenräumlichkeiten an der Zürichstrasse künftig Mietzinsen von rund 340'000 Franken pro Jahr ein.

## Strategisches Interesse

Die SP-Gemeinderatsfraktion hat die Kreditvorlage im Parlament unterstützt. Sie ist davon überzeugt, dass ein zentral gelegener Saal in dieser Grösse einem Bedürfnis entspricht, zudem erachtet sie den Kaufpreis als angemessen. Wichtiger aber noch ist, dass sich die Stadt Uster mit dem Kauf des StadthofsaaIs ein strategisch wichtiges Grundstück an zentraler Lage sichert. In den kommenden Jahren steht die Neugestaltung des Stadtpark-Areals an. In diese Planung muss natürlich auch der Standort des StadthofsaaIs miteinbezogen werden. Und es ist für die öffentliche Hand für die Realisierung von eigenen Projekten immer besser, wenn sie selber im Besitz des Landes ist, als wenn sie von fremden

Grundeigentümern abhängig ist. «Kern Nord», wo die Stadt kein eigenes Land besitzt, unterstreicht dies auf eindrückliche Art und Weise. Die SP-Fraktion fordert seit Jahren eine aktive Liegenschaften- und Grundstückspolitik, die nicht einseitig auf Verkäufe von (vermeintlich) nicht benötigten Grundstücken basiert, sondern eine Politik, die auch strategische Zukäufe umfasst. Der Kauf des StadthofsaaIs ist ein klassisches Beispiel für einen solch strategischen Zukauf. Die SP-Gemeinderatsfraktion empfiehlt deshalb wie der einstimmige Gemeinderat ein Ja zur Kreditvorlage.

INSERATE



**Bioladen  
Apfelbaum**  
Zentralstrasse 18, Uster

**Aktionen, News, Degus...**  
jetzt wöchentlich Newsletter bestellen:  
[newsletter@oepfelbaum-uster.ch](mailto:newsletter@oepfelbaum-uster.ch)

**Öffnungszeiten:**  
Mo-Fr 9.00 - 12.15 14 - 18.30  
Sa 9.00 - 16.00

ERNESTO W. VOEGELI

## FOTOGRAFIE

AATHALSTRASSE 85A, CH-8610-USTER  
TEL. 01 940 69 17, MOBIL 079 233 99 00

# Volksinitiative für die Einführung von Tempo 30 in den Wohnquartieren

## Das will die Initiative:

Andere Gemeinden haben es vorgemacht: Mit Tempo 30-Zonen in den Wohnquartieren lässt sich die Sicherheit für unsere Kinder auf dem Schulweg, aber auch die Lebensqualität für alle Quartierbewohnerinnen und -bewohner deutlich erhöhen. Der Stadtrat von Uster hat deshalb ein konzeptionell und finanziell pragmatisches Konzept für eine flächendeckende Einführung von Tempo 30-Zonen in den Wohnquartieren erarbeitet. Für die Umsetzung – die in Zusammenarbeit mit der betroffenen Bevölkerung in den Quartieren erfolgen soll – werden nach den Berechnungen des Stadtrates Kosten von maximal Fr. 1'660'000.– anfallen. Die vorliegende Volksinitiative will das stadträtliche Konzept zur flächendeckenden Einführung von Tempo 30-Zonen umsetzen und die dazu notwendigen Mittel durch den Souverän bewilligen lassen.

Eine gemeinsame Aktion von:



Sozialdemokratische Partei Uster

[www.sp-uster.ch](http://www.sp-uster.ch)



Evangelische Volkspartei Uster

[www.evp-uster.ch](http://www.evp-uster.ch)

# Volksinitiative für die Einführung von Tempo 30 in den Wohnquartieren

Initiativtext:

*Die unterzeichnenden in der Stadt Uster wohnhaften stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen gestützt auf Art. 8 der Gemeindeordnung vom 23. September 2001, folgendes ausformuliertes Initiativbegehren:*

**Für die flächendeckende Einführung von Tempo-30-Zonen in den Wohnquartieren wird ein Rahmenkredit von Fr. 1'660'000 (exkl. MwSt) bewilligt.**

|    | Name | Vorname | Geburtsjahr | Wohnadresse<br>(Strasse/Hausnummer) | Eigenhändige<br>Unterschrift | Kontrolle<br>(leer lassen) |
|----|------|---------|-------------|-------------------------------------|------------------------------|----------------------------|
| 1  |      |         |             |                                     |                              |                            |
| 2  |      |         |             |                                     |                              |                            |
| 3  |      |         |             |                                     |                              |                            |
| 4  |      |         |             |                                     |                              |                            |
| 5  |      |         |             |                                     |                              |                            |
| 6  |      |         |             |                                     |                              |                            |
| 7  |      |         |             |                                     |                              |                            |
| 8  |      |         |             |                                     |                              |                            |
| 9  |      |         |             |                                     |                              |                            |
| 10 |      |         |             |                                     |                              |                            |

*Wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung fälscht oder sich bei der Unterschriftensammlung bestechen lässt*

**Veröffentlichung im amtlichen Publikationsorgan: 17. August 2005**

*Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner Mitglieder vorbehaltlos zurückzuziehen:*

Patri cia Bernet, Eselstockweg 2, 8610 Uster; Reto Dettli, Talweg 159, 8610 Uster; Stefan Feldmann, Inselstrasse 32, 8610 Uster; Rolf Graf-Ganz, Steinstrasse 13a, 8610 Uster; Lydia Hässig, Talweg 164, 8610 Uster; Christ ian Hardmeier, Im Lot 2, 8610 Uster; Marc Meyer, Im Werk 11, 8610 Uster; Barbara Thalman Stammbach, Rothstrasse 8, 8610 Uster; Heidi Vogt, Herracherweg 15, 8610 Uster; Peter Wüthrich, Am Klusbach 12, 8616 Riedikon.

Die Unterschriftenbogen sind ganz oder teilweise ausgefüllt bis **30. Dezember 2005** zurück zu senden an:

**SP Uster, Postfach, 8610 Uster 1**

*Unter dieser Adresse können weitere Unterschriftenbogen bestellt werden. Der Unterschriftenbogen kann auch von den Homepages [www.sp-uster.ch](http://www.sp-uster.ch) oder [www.evp-uster.ch](http://www.evp-uster.ch) heruntergeladen werden.*

Kantonale Volksabstimmung: Ja zu den Integrationskursen

# Starthilfe für junge Menschen

Am 27. November 2005 findet im Kanton Zürich eine Volksabstimmung über einen Kredit für kantonale Beiträge von 6,15 Millionen an Integrationskurse für 15 bis 20-jährige Fremdsprachige statt. Die Abstimmung ist nötig, weil die SVP gegen den Kredit das Referendum ergriffen hat. Um was geht es?

Von Doris Fleiner

Die zur Abstimmung gestellten Integrationskurse haben sich im Kanton Zürich über viele Jahre bewährt: Sie bieten fremdsprachigen Jugendlichen, die vom Alter her gerade nicht mehr schulpflichtig sind, wenn sie in die Schweiz kommen, die Möglichkeit, effizient Deutsch zu lernen. Die Kurse dauern ein Jahr und helfen den 15- bis 20-jährigen Fremdsprachigen neben dem Deutschunterricht Lücken in der Allgemeinbildung zu schliessen. Ziel dieser Einstiegskurse ist es, den Jugendlichen den Übergang in die Berufsbildung, in weitere Schulen oder in eine Erwerbstätigkeit zu erleichtern.

Und dieses Ziel erreichen die Kurse auch: Beinahe alle Jugendliche finden eine Anschlusslösung in der Arbeitswelt und etwa die Hälfte können sogar eine Berufsbildung beginnen. Wichtig zu wissen: In den Genuss solcher Integrationskurse kommen nur junge Fremdsprachige mit Aufenthaltsbewilligung B oder C.

## 350 Menschen eine Chance bieten

Mit einem Ja zum Kredit sichern wir den Schulträgern auch für die kommenden Schuljahre die kantonalen Beiträge für insgesamt etwa 350



Die Kurse helfen den jugendlichen Fremdsprachigen unsere Sprache richtig zu lernen.

Plätzen zu. Nur mit den Bundesgeldern allein könnten die bestehenden Integrationskurse nicht weitergeführt werden. Wenn der Kanton keine Beiträge mehr leistet, würden die Gemeinden und Zweckverbände, welche die Integrationskurse führen, noch mehr belastet. Dies hätte ein Abbau des Angebots zur Folge und würde interessierte Jugendliche, die keinen Kursplatz mehr fänden, sehr treffen.

Es ist bekannt, dass Jugendliche ohne Tagesstruktur in ihrer sozialen Entwicklung gefährdet sind und ohne Vorbereitung wird ihnen der Einstieg ins Berufsleben zusätzlich erschwert. Aus arbeitsmarktlichen und sozialpolitischen Überlegungen ist eine schulische Starthilfe nicht nur notwendig sondern auch kostengünstig. Jeder-

mann weiss: Die Jugendlichen kommen den Staat später in der Sozialhilfe teurer, als wenn er ihnen eine Starthilfe gewährt und es ihnen ermöglicht, sich im Arbeitsmarkt zu behaupten.

## Bewährtes Instrument der Integration

Ein wichtiger Blickwinkel der Kreditvorlage ist derjenige der Integration. Auch hier gibt es auf Bundesebene den – nicht mehr ganz neuen – Integrationsartikel. Einerseits stellt der Bund damit Mittel für die Integration zur Verfügung, andererseits fordert er die Kantone auf zu handeln. Wenn wir Fremdsprachige integrieren wollen, wo sollen wir beginnen, wenn nicht bei den Jungen? Und wo sollen wir beginnen, wenn nicht bei der Sprache? Der gekonnte Umgang mit der deutschen Sprache ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration – sei es in die Gesellschaft, sei es in die Arbeitswelt. Selbst die SVP verlangt ja von den hier lebenden AusländerInnen, dass sie Deutsch lernen sollen. So ist es nun unverstänlich, warum sie ihnen diese Möglichkeit nehmen will.

Die Integrationskurse haben sich als Instrument für die Integration bewährt. Sie erreichen ihre Ziele und dürfen deshalb nicht in Frage gestellt werden, zumal sie Eingang ins neue Berufsbildungsgesetz gefunden haben. Ab dem Jahr 2007 werden diese Kurse zum selbstverständlichen Angebot im Bildungsbereich gehören und es brauchen keine Kredite mehr bewilligt zu werden. Eine Ablehnung brächte also ausser einem Unterbruch für zwei Klassenzüge nichts. Der Verdacht liegt denn auch nahe, dass die SVP das Referendum nur deshalb ergriffen hat, um nochmals ihr fremdenfeindliches Süppchen zu kochen.

## Abstimmungsparolen der SP Uster für den 27. November

### BUND:

**JA zur Volksinitiative «für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft»**

... weil naturnahe und tiergerechte Landwirtschaft ohne Gentechnik auskommt.

**NEIN zur Änderung des Arbeitsgesetzes (Ladenöffnungszeiten am Sonntag)**

... weil der Sonntag nicht Schritt für Schritt in einen normalen Arbeitstag umfunktioniert werden soll.

### KANTON:

**JA zum Kredit für die Integrationskurse für 15- bis 20jährige Fremdsprachige**

... weil sich das Programm bewährt hat und hilft, Sozialkosten zu vermeiden (lesen Sie dazu den Beitrag auf dieser Seite).

### STADT:

**JA zum Kauf des Stadthofs Uster**

... weil Uster einen grossen Saal für Konzerte, Theateraufführungen und andere Veranstaltungen an zentraler Lage benötigt (lesen Sie dazu den Beitrag auf Seite 8).

# Veranstungskalender

**03.11. JAZZ: Daniel Schnyder Quartett**

Daniel Schnyder (sax), Kenny Drew jr. (p),  
Rätus Flisch (b), Toni Renold (d)

20:30 Uhr, JazzClub

**10.11. DISKUSSION:  
Gentechfrei – ja oder nein?**

Diskussionsveranstaltung zur  
Volksinitiative «für Lebensmittel aus  
gentechfreier Landwirtschaft»

20 Uhr, Kirchgemeindehaus Kreuz

**13.11. KINO: Ma famille africaine**

Thomas Thümena CH 2004 D d/f 80'

Die turbulente Liebesgeschichte eines afro-  
schweizerischen Paares, in der Geld, ein Putsch  
und tote Affen den Alltag aufwirbeln.

11 Uhr, Qtopia

**13.11. KINO: Absolut**

Romed Wyder CH 2004 F d 94'

18.30/21 Uhr, Qtopia

**17.11. JAZZ: Bourquin - Theus - Francioli**



Mit: Alex Theus (p), Daniel Bourquin (sax),  
Leo Francioli (b), Elmar Frey (dr)

20:30 Uhr, JazzClub

**20.11. KINO: Bin-Jip**

Kim Ki-Duk, Korea 2004 Orig. d/f 95'

18.30/21 Uhr, Qtopia

**27.11. KINO: Together - Tillsammans**

Lukas Moodysson, SW 2000 Orig. d/f 105'

18.30/21 Uhr, Qtopia

**04.12. KINO: Pas les flics,  
pas les noirs, pas les blancs**

Ursula Meier CH 2002

F d/ 72'

Seit ein paar Jahren wird in Genf ein in seiner Art  
einmaliges Experiment durchgeführt. In diesem  
Kanton mit über fünfzig Prozent Ausländer und  
Ausländerinnen arbeitet die Polizei mit Vertre-  
terinnen und Vertretern von Immigrantengemein-  
schaften zusammen, um den für das Zusammen-  
leben nötigen Dialog herzustellen.

11 h, Qtopia

**08.12. JAZZ: Backyard Blues Connection  
mit Bluespack**

Mit: Koni Meyer (org, keyb), Patrick Lämmle  
(voc, g), Roman Weissert (sax), Silvan Keiser (t),  
Billy Wirz (b), Hannes Würzler (dr), Werner Tank  
(g, voc), Lorenz Marti (b), Beat Binder (dr)

Zum Jahresende erwartet uns eine veritable  
Bluesparty mit dem Doppelkonzert der Gruppe  
Bluespack um den Keyboarder Koni Meyer,  
gefolgt von unserer Hausband BBC.

20:30 Uhr, JazzClub

# Impatto ambientale e caro benzina

**Che cosa sta accadendo e come possiamo contribuire alla diminuzione del consumo del carburante e alla protezione del clima? Sicuramente vi sarete chiesti molte volte come contribuire alla riduzione del consumo energetico ed alle emissioni di gas, in particolare modo le emissioni dell'anidride carbonica CO<sub>2</sub>, che sono le fonti principali dell'effetto serra.**

Di Italo Conte

Non possiamo ignorare che il clima sta cambiando. Le statistiche dell'Ufficio Federale dell'Ambiente e l'Agencia Europea dell'Ambiente di Copenaghen lo dimostrano molto chiaramente con fatti e simulazioni creati al computer.

Ci sono prove da rimanere sbalorditi su tutto ciò che sta avvenendo giornalmente e quello che si sta facendo in questo momento.

In primo luogo mi vorrei soffermare sull'attuale tema del consumo energetico. Aveva ragione Adriano Celentano che già negli anni sessanta affermava con la sua canzone «Svalutation»: «Oggi la benzina costa sempre di più». A distanza di quaranta anni e di almeno tre generazioni, possiamo dire che noi tutti abbiamo sottovalutato il problema, diciamo pure, ignorandolo con un po' di menefreghismo. Alcune volte ognuno di noi dovrebbe avere un po' di senso comune e non attendere che sia necessa-

rio rafforzare le leggi e i controlli dello Stato, o che si creino incentivi economici quando invece sarebbe sufficiente l'autoresponsabilità e una buona volata.

Un contributo molto intelligente sarebbe quello di scegliere vetture che sono classificate ed etichettate con il minor consumo energetico. Un'altra possibilità di ridurre i gas nocivi, sarebbe quello di avere una guida economica «EcoDrive» e di acquistare una vettura media. Di evitare l'uso continuo del climatizzatore, e possibilmente di acquistare una vettura con cambio manuale. Già questi elementi contribuiscono a un consumo ridotto sia energetico e avrebbero un effetto positivo sulla riduzione dell'effetto serra.

## Un bivio molto importante

La causa dei frequenti cambiamenti climatici e delle alluvioni, che negli ultimi anni hanno avuto luogo in tutto il mondo senza risparmiare il centro dell'Europa, è infatti l'effetto serra, in altre parole il riscaldamento del nostro pianeta, che sta provocando queste catastrofi naturali. Inoltre anche la salute può reagire al danno causato all'ambiente con l'aumento di malattie.

Con il protocollo di Kyoto sono state create delle strategie per ridurre le emissioni di gas che cau-



Shanghai 2003.

sano l'effetto serra. In effetti, c'è stata una risposta politica e una grande sfida, il cui grande obiettivo è quello di rendere compatibile le esigenze del clima con quelle della produzione e del consumo.

Siamo arrivati ad un bivio molto importante e deve essere molto chiaro che cosa vogliamo intraprendere per un nostro futuro migliore. Dobbiamo essere consapevoli che l'ambiente del pianeta dipende da tutti noi e prevedere nei prossimi decenni cambiamenti climatici senza precedenti, se non si interviene in tempo.

Le foto indicano il tipo di scelta da intraprendere per il nostro futuro!



Colle Sanniti, Benevento 2005.

In votazione popolare il prossimo 27 novembre

# Facilitare l'avviamento ai giovani

Il 27 novembre nel cantone di Zurigo si terranno le votazioni popolari su un credito cantonale di 6,15 milioni a favore di corsi d'integrazione per giovani di lingua straniera dai 15 ai 20 anni. La votazione è necessaria perché lo SVP (UDC, Unione Democratica di Centro) ha indetto il referendum. Di che cosa si tratta?

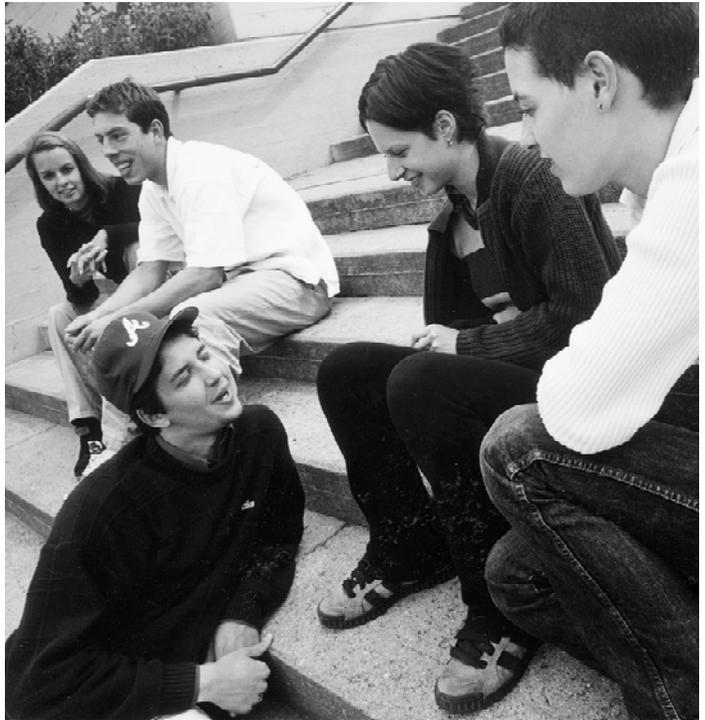
Di Doris Fleiner

I corsi d'integrazione sottoposti a referendum si sono affermati già da molti anni. Essi offrono ai giovani di lingua straniera, che per via dell'età non rientrano più nell'obbligo scolastico, la possibilità di imparare efficientemente il tedesco dopo il loro arrivo in Svizzera. I corsi durano un anno e offrono ai giovani stranieri dai 15 ai 20 anni oltre alle lezioni di tedesco anche l'occasione di colmare alcune lacune della loro istruzione generale. Lo scopo di questi corsi di avviamento è di agevolare ai ragazzi il passaggio ad una formazione professionale, ad un'altra scuola o al campo del lavoro. E questa meta è raggiunta pienamente da questi corsi. In seguito quasi tutti i giovani trovano una soluzione nel campo del lavoro. La metà è perfino in grado di iniziare una scuola professionale. È importante sapere che questi corsi sono offerti solo ai giovani di lingua straniera con il permesso di residenza B o C.

## Offriamo una chance a 350 persone

Dicendo sì al credito assicuriamo alle scuole i contributi cantonali per i prossimi anni per ca. 350 posti in tutto. Solo con i contributi federali, i corsi esistenti non possono essere continuati. Se il cantone cancella i contributi, le spese sarebbero scaricate su i comuni e sulle associazioni interessate che organizzano i corsi. Ciò porterebbe ad una riduzione dei corsi e colpirebbe quei ragazzi interessati che non troverebbero più posto.

È risaputo che i giovani senza una struttura giornaliera sono minacciati nel loro sviluppo sociale. Senza alcuna preparazione inoltre è più difficile per loro inserirsi nel mondo del lavoro. Dal punto di vista economico, sociale e politico un avviamento scolastico è perciò non solo necessario ma anche ci viene a costare anche di meno. Si sa che



un ragazzo dipendente dall'assistenza sociale costa allo stato di più di un ragazzo che con l'aiuto di un corso d'integrazione riesca ad inserirsi nel mercato del lavoro.

## Strumento valido d'integrazione

Guardiamo il credito sotto l'aspetto dell'integrazione. A livello federale abbiamo già un articolo, sebbene non più recente, sull'integrazione. Da un lato la confederazione mette a disposizione dei mezzi per l'integrazione, dall'altro incita i cantoni ad agire. Se vogliamo integrare le persone di lingua straniera da dove vogliamo cominciare se non dai giovani? E da dove se non dalla lingua? La conoscenza della lingua tedesca è la chiave per un'integrazione coronata da successo, sia nella società sia nel mondo del lavoro.

Perfino lo SVP pretende dagli stranieri che imparino il tedesco. Il che rende ancora più incomprensibile perché vogliono togliere questa possibilità già esistente.

I corsi d'integrazione si sono affermati come strumento valido d'integrazione. Raggiungono gli scopi previsti e non devono perciò essere messi in questione, tanto più che rientrano già nella legge sull'istruzione professionale. A partire dal 2007 i corsi saranno parte integrante di quelli offerti nel campo dell'istruzione e non dovremo più votare sul fatto di concedere crediti o no. Un rifiuto porterebbe perciò solo ad un'interruzione per due classi. Affiora il sospetto che lo SVP abbia indetto un referendum solo per continuare a cuocere la sua minestrina xenofoba.

In votazione popolare il prossimo 27 novembre.

# Modifica della legge sul lavoro

**L'Unione sindacale svizzera e il sindacato Unia hanno deciso di lanciare il referendum contro la modificazione della legge sul lavoro, ed è questo che sarà messo in votazione il prossimo 27 novembre.**

Di Valerio Modolo

## Il retroscena politico

Nella votazione cantonale del 15 marzo 1998, il 75 per cento dei votanti del cantone di Zurigo, ha accettato una modifica della legge sul lavoro, dando la possibilità ai negozi di vendita al dettaglio, nelle stazioni o passaggi adiacenti, di aprire i negozi nei giorni festivi dalle 6.00 alle 20.00. I sindacati di categoria hanno fatto diversi ricorsi fino al tribunale federale, il quale ha autorizzato l'apertura dei negozi ponendo determinati criteri per ottenere l'autorizzazione.

Il tribunale federale ha poi deciso di autorizzare l'apertura a chi aveva l'autorizzazione fino alla fine del 2004.

In seguito a questa decisione del tribunale federale, il deputato zurighese Rolf Hegetsweiler, ha inoltrato un'iniziativa parlamentare che chiede che i servizi accessori nelle stazioni considerate centri di trasporti pubblici, siano autorizzati ad impiegare personale tutti i giorni della settimana inclusa la domenica e i giorni festivi.

## Cosa vuole l'iniziativa

La commissione dell'economia e dei tributi del consiglio nazionale propone di aggiungere un capoverso 1ter all'articolo 27 della legge sul lavoro in base al quale nei punti di vendita e nelle imprese di servizio situati nelle stazioni che, considerato il notevole volume del traffico passeggeri, sono centri di trasporti pubblici, così come negli aeroporti, si possa impiegare personale la domenica senza autorizzazione ufficiale. Sono considerate centri di trasporti pubblici le stazioni con un elevato volume di traffico passeggeri e frequenti coincidenze (Intercity, treni diretti, RX, S-Bahn). In questo modo si esclude che le piccole stazioni si trasformino in centri commerciali.

Gli argomenti portati dalla maggioranza della commissione, che l'iniziativa stimola lo sviluppo delle FFS e contribuisce a migliorare l'occu-



pazione e a stimolare l'economia, hanno fatto presa sui deputati che nell'autunno 2003 hanno accettato l'iniziativa con 87 voti contro 43.

Il Consiglio federale sostiene la regolamentazione del lavoro domenicale nei centri di trasporti pubblici proposta dalla Commissione dell'economia e dei tributi del Consiglio nazionale.

## Scopo del referendum

L'Unione sindacale svizzera e il sindacato Unia hanno deciso di lanciare il referendum contro la modificazione della legge sul lavoro, ed è questo che sarà messo in votazione il prossimo 27 novembre.

I venditori e venditrici affiliati al sindacato Unia temono che un sì il 27 novembre, darebbe via libera alla generalizzazione del lavoro domenicale, per questo in modo compatto invitano i cittadini a respingere l'iniziativa. I sindacati e i salariati a loro affiliati, sostengono che venditori e venditrici lavorano sovente in condizioni di lavoro precarie, con la modifica della legge sul lavoro, la situazione peggiorerebbe.

Inoltre, si fa notare che la legge attuale già autorizza la vendita domenicale di prodotti di prima necessità nelle stazioni, come pure l'apertura di panetterie, rispondendo in questo modo a talune necessità della società. Il lavoro domenicale è poi in vigore negli ospedali, nei trasporti pubblici, nei ristoranti e laddove è necessario.

Un rifiuto della revisione della legge sul lavoro non cambierebbe dunque questo dato di fatto, impedirebbe però una generalizzazione del lavoro domenicale a tutti i settori, come grandi centri commerciali o supermercati.

La domenica e i giorni festivi devono essere giorni di riposo od occasioni per curare rapporti sociali e attività con la famiglia, lavorando la domenica, diventerebbe più difficile conciliare queste esigenze che sono importanti per molte persone.

Sono contrari all'iniziativa e sostengono il referendum, il partito evangelico e socialista, i verdi e le organizzazioni sindacali di categoria e altre associazioni.

# FORUM

Periodico di  
politica, lavoro e cultura  
della Colonia Libera  
Italiana

[www.forumonline.ch](http://www.forumonline.ch)

No. 226 Novembre 2005

## La domenica presto un

## giorno di lavoro?

P.P. Uster

